



Dies ist eine Leseprobe von Klett-Cotta. Dieses Buch und unser gesamtes Programm finden Sie unter [www.klett-cotta.de](http://www.klett-cotta.de)

Ronald D. Gerste

# Amerika verstehen

Geschichte, Politik und Kultur der USA

Klett-Cotta

Klett-Cotta  
www.klett-cotta.de  
© 2017 by J. G. Cotta'sche Buchhandlung  
Nachfolger GmbH, gegr. 1659, Stuttgart  
Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany  
Cover: Rothfos & Gabler, Hamburg  
unter Verwendung eines Fotos von © Sarah8000/getty images  
Karten: Rudolf Hungreder, Leinfelden-Echterdingen  
Gesetzt von Kösel Media GmbH, Krugzell  
Gedruckt und gebunden von CPI – Clausen & Bosse, Leck  
ISBN 978-3-608-96167-6

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

# Inhalt

Einleitung: Unsichere Zeiten .....	7
1. Der Aufstieg eines fernen Landes: Kolonialzeit und Unabhängigkeit .....	26
2. Die junge Nation: Eine konfliktreiche Geschichte ..	38
3. Der Weg zur Weltmacht: Das 20. Jahrhundert .....	54
4. Die Säulen der Macht: Weißes Haus, Kapitol und Supreme Court .....	87
5. Patriotismus und Exzessionalismus: <i>America can't do wrong!</i> .....	108
6. Das afroamerikanische Amerika: Die Ungleichheiten im System .....	125
7. Heiligtum und Fluch: Schusswaffen .....	138
8. Zwischen Silikonchips und Rost: Industrie und Verkehr .....	148
9. Gesundheit und Bildung: <i>America's business is business!</i> .....	160

10. Ein Weg eklatanter Widersprüche: Der <i>American Way of Life</i> .....	169
Epilog: Die Fackel der Freiheit .....	185
Anhang .....	189
Anmerkungen .....	191
Zeittafel .....	195
Die Präsidenten der USA .....	200
Ausgewählte Literatur .....	202
Karten .....	204
Über den Autor .....	208

# Einleitung: Unsichere Zeiten

»Dann sag mir, Junge aus der Zukunft, wer ist im Jahr 1985 Präsident der Vereinigten Staaten?« Ronald Reagan, die Antwort des Zeitreisenden, erscheint Emmett »Doc« Brown wenig glaubhaft. »Der Schauspieler? Wer ist dann Vizepräsident? Jerry Lewis?«

Im ersten Teil der beliebten – und im Fernsehen oft genug wiederholten – Trilogie *Zurück in die Zukunft* erlebt Marty McFly staunend die Welt der amerikanischen Provinz im Jahr 1955, mit Tankwarten, die sich servicewillig auf den Kunden stürzen, und mit Teenagern, deren härteste Drog ein Milkshake ist. Was er der jüngeren Version seines Freunden Doc Brown über das Jahr 1985 erzählt, aus dem er mit dem DeLorean und seinem Flux-Kompensator angereist ist, erscheint dem Doc bizarr. Schließlich sitzt 1955 mit Dwight D. Eisenhower ein quer durch alle Bevölkerungsschichten geschätzter Kriegsheld im Weißen Haus – ein Schauspieler im höchsten Staatsamt klingt wie ein schlechter Scherz.

Als der Film 1985 in die Kinos kam, löste der kurze Dialog bei den Zuschauern allenfalls ein leichtes Schmunzeln aus. Ein Schauspieler als Präsident der USA war längst zur Normalität geworden. Im Jahr zuvor, im November 1984, war Reagan mit der größten Mehrheit an Wahlmännerstimmen der Moderne wiedergewählt worden: 49 Bundesstaaten hatten sich mehrheitlich für den 73-jährigen Republikaner entschieden, sein Kontrahent, der Demokrat Walter Mondale, hatte nur

seinen Heimatstaat Minnesota und die Hauptstadt Washington – offiziell: District of Columbia – gewonnen. Reagan selbst, ein großer Fan der *Back to the Future*-Trilogie, wusste aufgrund seiner Hollywood-Erfahrung einen guten Plot zu schätzen und zitierte bei einer seiner nächsten Fernsehansprachen aus dem schnell zum Kulturgut gewordenen Opus.

Wer immer in den USA und bei den europäischen Verbündeten 1980 geschockt reagierte, als mit Ronald Reagan nicht nur ein Schauspieler, sondern auch ein Politiker mit unverhohlen geäußerten erzkonservativen Ansichten zum vierzigsten amerikanischen Präsidenten gewählt wurde, hätte sich kaum vorstellen können, was die Zukunft – um im sprachlichen Bild zu bleiben – noch bereithalten würde. Denn der November 2016 würde bei vielen, wenn auch längst nicht bei allen Beobachtern des Weißen Hauses nah und fern einen weitaus größeren Schrecken auslösen. Mit Donald Trump wurde ein Kandidat zum 45. US-Präsidenten gewählt, an dessen Qualifikation nicht nur seine Gegner, sondern auch ein gewisser Prozentsatz seiner eigenen Wähler grundsätzlich zweifelte. Die Mehrheit der bei einer Präsidentenwahl entscheidenden Wahlmännerstimmen, wenn auch nicht der Wählerstimmen an sich – eine weltweit einzigartige Besonderheit des US-Wahlsystems, auf die noch einzugehen sein wird –, fiel auf einen Kandidaten, den man nicht einmal als Politiker bezeichnen konnte. Das war freilich in den Augen vieler seiner Wähler geradezu ein Vorteil. Während der Schauspieler Reagan immerhin acht Jahre lang Gouverneur von Kalifornien gewesen war, hatte Donald Trump nie für ein öffentliches Amt kandidiert, nicht einmal für den örtlichen Board of Education oder einen Sitz in der Bezirksvertretung, geschweige denn für das Repräsentantenhaus, den Senat in Washington oder für das Amt des Gouverneurs in seinem Heimatstaat New York.

Das wiederum ist einer der traditionellen Wege zur Präsidentschaft; Bill Clinton und George W. Bush beispielsweise waren Gouverneure, Barack Obama Senator gewesen. Ein anderer überkommener Pfad zur Präsidentschaft ist Kriegsheldentum: Mit George Washington, Ulysses S. Grant und Dwight D. Eisenhower stiegen drei Oberkommandierende in größeren Konflikten zu Präsidenten auf. Bei mehreren anderen Präsidenten spielte die militärische Komponente in der Biographie zumindest eine mitentscheidende Rolle, so etwa bei Andrew Jackson, Zachary Taylor, Theodore Roosevelt und John F. Kennedy, dessen Erlebnisse im Pazifikkrieg 1943/44 von den Medien – und mit tatkräftiger Unterstützung von Vater Joe Kennedy senior – zum Heldenepos umgeformt wurden. Donald Trump dagegen trug nur während seiner Zeit an einer Privatschule mit integrierter Kadettenausbildung, der New York Military Academy, Uniform und nie wieder nach seinem Abschluss 1964, im Alter von 18 Jahren. Jedoch: *He didn't serve his country!* – Mit dieser einst für eine politische Karriere fast verhängnisvollen Feststellung steht Trump nicht alleine da. Bill Clinton und Barack Obama dienten ebenfalls nie in den Streitkräften, bevor sie Commander-in-Chief wurden. Die Zeiten haben sich indes für potentielle Präsidentschaftskandidaten nicht nur hinsichtlich des Militärdienstes geändert, seit die Wehrpflicht für junge Amerikaner 1973 abgeschafft wurde. Auch die Anforderungen der Öffentlichkeit an das Privatleben ihrer Kandidaten und letztlich ihres Präsidenten sind liberaler geworden – und spiegeln damit die Realität der amerikanischen Gesellschaft wider. Bei Ronald Reagan war es noch eine von Journalisten im Wahlkampf 1980 gebührend hervorgehobene Besonderheit, dass er der erste geschiedene Präsident wurde – immerhin 191 Jahre nach Einführung des Amtes. Im Jahr 2016 störten sich selbst religiös-konservative Wählerschichten

nicht an den zwei Scheidungen des Donald Trump. Mehr noch: Bei der Beurteilung des Privatlebens eines Politikers ist längst eine Desillusionierung eingetreten. Trumps frühere außereheliche Affären, mit denen er vor seiner dritten Ehe mit der neuen First Lady Melania nicht hinter dem Berg hielt, standen seinem Wahlsieg nicht im Wege – eine Änderung der Wahrnehmung, eine geradezu resignative Rezeption seitens der Wahlbevölkerung, für die der 45. Präsident sich auch beim 42. Präsidenten, Bill Clinton, bedanken kann. Nach einem Präsidenten, der sich in einem Nebenraum des Oval Office von einer Praktikantin einen Blowjob geben lässt und anschließend vor laufender Kamera lügt, und auch nach den posthumen Enthüllungen über das Privatleben John F. Kennedys sind die Erwartungen an den Charakter des ersten Mannes im Staate nicht mehr so hoch wie einst. Diese waren auch bezüglich der potentiell ersten Frau an der Spitze des Staates, Hillary Clinton mit ihrer langen Vita von Skandalen, von Realismus geprägt. Damit fand 2016 die erste Wahl der amerikanischen Geschichte statt, in der zwei mehrheitlich als unsympathisch oder wenig vertrauenswürdig eingestufte Persönlichkeiten um den Einzug ins Weiße Haus rangen.

Was viele Amerikaner und noch viel mehr Europäer an dem Wahlkämpfer Donald Trump verstörte, war indes weniger seine schillernde Biographie, in der die Selbstdarstellung als überaus erfolgreicher *businessman* angesichts mehrfacher Bankrotterklärungen ebenso wenig überzeugen konnte wie seine – neben dem Rang als »Immobilienmogul« – zweite Karriere als TV-Showmaster. Trump war elf Jahre lang, von 2004 bis 2015, Produzent und Hauptdarsteller der Reality-Show *The Apprentice* und fast zwanzig Jahre lang Organisator und Vermarkter des Miss-USA-Schönheitswettbewerbs – ein sehr ungewöhnliches Biographie-Kapitel in

den Annalen der amerikanischen Präsidentschaft. Es waren vielmehr zahlreiche seiner Aussagen, die in den USA wie international, diplomatisch ausgedrückt, Aufsehen erregten und eine Welle des Befremdens, des Protestes und der Sorge auslösten. Die Befürchtung war und ist, Trump könnte möglicherweise auch im Amt zu Pauschalisierungen und Rundumschlägen neigen – eine potentiell gefährliche Eigenart, die man von Verantwortung tragenden Politikern in westlichen Demokratien nicht gewöhnt ist. So bezeichnete er unter anderem Mexikaner als Kriminelle und Vergewaltiger. Er kündigte im Wahlkampf an, die geschätzt rund elf Millionen illegal in den USA lebenden Menschen deportieren zu lassen und an der Grenze zu Mexiko mit einer Mauer exakt jenen Typ Bauwerk zu errichten, dessen Fall im Herzen Europas eine der erfreulichsten historischen Wendemarken der jüngeren Geschichte dokumentiert. Dass er eine ganze Bevölkerungsgruppe unter Generalverdacht stellt und von Einreise- wie Einwanderungsbeschränkungen für Muslime sprach, löste bei Bürgerrechtler, Liberalen und den Medien Entsetzen aus. Seine Einstellung gegenüber Frauen – ein Lackmustest in einer von Feminismus und politischer Korrektheit entscheidend geprägten Gesellschaft – wurde als zwiespältig dargestellt. Seinen Erklärungen, niemand habe mehr Respekt gegenüber Frauen als er, stehen zahlreiche dokumentierte, als sexistisch eingestufte Bemerkungen gegenüber, die allerdings meist mehrere Jahre zurückliegen. Dass in der Endphase des Wahlkampfes eine ganze Reihe von Frauen an die Öffentlichkeit traten und Vorwürfe äußerten, er habe sie (ebenfalls vor vielen Jahren) belästigt, befummelt oder gegen ihren Widerstand geküsst, mag eine besondere Facette der Taktiken in amerikanischen Wahlkämpfen sein – sowohl das Thema als auch die involvierten Frauen sind nach dem 8. November 2016 quasi über Nacht aus den

bis dahin diesem Aspekt gegenüber so aufgeschlossenen Medien verschwunden. Mit eben diesen Medien führt der 45. Präsident seit Längerem einen Kleinkrieg, in dem beide Seiten zu vergessen streben, dass es in den 1980er und 1990er Jahren die permanente Präsenz des aufsteigenden Bauherren in Glamour-Zeitschriften, auf den Society-Seiten der damals noch vitalen Printzeitungen und in TV-Shows war, die »Trump« erst zu einem festen Begriff machte. Ohne seinen früh erworbenen und durch stetes Blitzlichtgewitter gefestigten Ruf als Geschäftsmann und Gesellschaftslöwe par excellence, mit einem Faible für Frauen mittelosteuropäischer Herkunft, hätte er nicht jenen Bekanntheitsgrad erreicht, der Grundlage für die erfolgreiche Präsidentschaftskandidatur war. Und dennoch, im Umgang mit Kritikern in den Medien offenbarte Trump eine in der Politik selten gesehene Dünnhäutigkeit, welche seine Anhänger freilich als Authentizität und Abkehr vom sattsam bekannten stromlinienförmigen Politikertypus werteten. Wie sehr es also der Name ist, welcher Wähler anspricht und motiviert, und weit weniger die politische Erfahrung, die sachliche Kompetenz – der Wahlkampf 2016 hat es eindrucksvoll demonstriert.

Jenseits aller persönlichen Merkmale haben verschiedene Ankündigungen oder zumindest Anspielungen des Kandidaten Trump in Asien, aber auch in Europa und in Deutschland Besorgnis ausgelöst. Es sind Zweifel an der Verlässlichkeit des Bündnispartners USA geweckt worden, einer Schutzmacht, die vielerorts ein Garant für das Erblühen einer starken, liberalen Demokratie war – vor allem bei den von den USA besiegten Weltkriegsgegnern Japan und Deutschland. Die amerikanischen Verbündeten im Fernen Osten, Japan und Südkorea, hat Trump mit Andeutungen hochgradig irritiert, sie müssten mehr für die eigene Verteidigung tun und

sollten sich gegebenenfalls eigene Atomwaffen anschaffen. Beide Länder unternehmen – im Gegensatz zu einigen europäischen NATO-Partnern – immense Verteidigungsanstren- gungen; die Mannschaftsstärke der Streitkräfte Südkoreas beträgt etwa das Vierfache der über viele Jahre kontinuierlich geschrumpften Bundeswehr. Japan entfernt sich zaghaft von dem Pazifismus, der unter Mithilfe des wie ein Vizekönig in Tokio residierenden US-Generals Douglas MacArthur in der Nachkriegsverfassung festgelegt wurde, und nimmt in bescheidenem Umfang an Auslandseinsätzen mit UN-Mandat teil. Der Gedanke an eine nukleare Bewaffnung wird jedoch von der überwältigenden Mehrheit der Bürger des einzigen Landes auf der Welt, das den unvorstellbaren Horror eines Angriffs mit Atombomben hat erleben müssen, als eine gegen die nationale Seele gerichtete Zumutung abgelehnt.

Jenseits des anderen großen Ozeans haben Trumps im Wahlkampf verbalisierte Vorwürfe, dass die USA zu viel und die Europäer zu wenig für die gemeinsame Verteidigung zahlen, und Fingerzeige, Amerika könne seine Führungsrolle in der NATO überdenken, Besorgnis ausgelöst und den Ruf laut werden lassen, dass Europa sich auf seine eigenen Stärken besinnen und mehr Verantwortung übernehmen müsse – was sicherlich grundsätzlich und unabhängig von der Besetzung des US-Präsidentenamtes ein sinnvoller Gedanke ist. In der Tat tragen die Vereinigten Staaten in immensem Umfang zu einem gemeinsamen Sicherheitssystem bei, von dem die übrigen 27 NATO-Partner und auch die nicht dem Verteidigungsbündnis angehörenden Länder wie Österreich und die Schweiz, Schweden und Finnland profitieren. Es hat dem größten Teil eines Kontinentes, welcher sich über Jahrhunderte in unzähligen Kriegen immer wieder selbst zerfleischt hat, eine Friedenszeit von inzwischen mehr als siebzig Jahren beschert. Und die USA tragen rund 72 Prozent

aller Verteidigungsausgaben der NATO-Mitglieder. Allerdings ist ein beträchtlicher Teil des US-Militärbudgets für außereuropäische Aufgaben bestimmt. Ohnehin ist der Vorwurf, dass europäische Verbündete hinter ihren Zusagen zurückbleiben, keine Trumpsche Spezialität. Ihn haben führende amerikanische Politiker über Jahrzehnte in unterschiedlicher diplomatischer Deutlichkeit geäußert – darunter auch Barack Obama. Dass diese Vorhaltung vor allem in Deutschland und bei den dort verantwortlichen Politikern einen blanken Nerv trifft, liegt daran, dass sie berechtigt ist. Die Abmachung, mindestens zwei Prozent des Brutto-sozialprodukts für die Verteidigung auszugeben, erfüllen derzeit nur vier europäische NATO-Mitglieder: das Vereinigte Königreich, Griechenland, Polen und Estland. Diese Tatsache anzusprechen, ist kein Indiz für einen Standpunkt innerhalb des konservativen Spektrums der amerikanischen Politik. Im Vorwahlkampf 2016 wies der sich als Sozialist bezeichnende Senator aus Vermont, Bernie Sanders, darauf hin, dass europäische Länder sich durch Einsparungen bei der Verteidigung das leisten können, was Teil seiner eigenen Agenda sei. Nämlich ein funktionierendes und für den Einzelnen erschwingliches Gesundheitssystem sowie kostenloser Zugang zu den Universitäten – etwas, das in den USA leider dank extremer Kommerzialisierung undenkbar ist. Die Exzesse amerikanischen Profitstrebens auf diesen eigentlich den Grundrechten zugehörigen Feldern werden uns später noch beschäftigen. Sanders jedenfalls machte dadurch deutlich, dass eine ausgeglichene Lastenverteilung ein parteiübergreifendes Anliegen der USA und keine Domäne der Republikaner ist.

Auch wenn im politischen Alltag selten so heiß gegessen wie im Wahlkampf gekocht wird, haben die Wahl Trumps und die möglichen Implikationen für das Verhältnis Europas

und speziell Deutschlands zu den USA eine spürbare Unsicherheit entstehen lassen. Traditionell reklamiert Großbritannien für sich eine *special relationship* mit den USA und Frankreich wird auf der anderen Seite des Atlantiks mit Blick auf die Gründertage im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg gern als *our oldest ally* gewürdigt. Ungeachtet dessen hat Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg stets eine privilegierte Stellung im Verhältnis zu Washington genossen. Die junge Demokratie der Bundesrepublik entwickelte sich unter dem amerikanischen Schutzschild (und dem der anderen Westalliierten); es gedieh eine Meinungsfreiheit, zu der ganz selbstverständlich auch die Kritik an den USA gehörte, wie man sie etwa während des Vietnamkrieges erleben konnte. Als nach der friedlichen Revolution in der DDR die Zeichen für viele unerwartet plötzlich auf Wiedervereinigung standen, war es die Unterstützung durch die ruhige und kompetente Diplomatie von Präsident George H. W. Bush ebenso wie die Kooperationsbereitschaft der ihrem Ende entgegengehenden Sowjetunion unter Michail Gorbatschow, die das bis kurz zuvor noch von praktisch der gesamten bundesdeutschen Politelite für unmöglich Gehaltene Realität werden ließ. Vorbehalte musste Bush bei seiner Schützenhilfe für Bundeskanzler Helmut Kohl dabei vor allem bei zwei Verbündeten aus dem Weg räumen: bei dem aufgrund historischer Erfahrungen angesichts der Möglichkeit eines vereinten und womöglich »starken« Deutschland wenig begeisterten Frankreich einerseits sowie insbesondere bei der geradezu in panische Wut verfallenden britischen Premierministerin Margaret Thatcher andererseits. Bushs bedachtsamer Umgang auf weltpolitischem Parkett wird man möglicherweise in der aufsteigenden Trump-Ära nostalgisch vermissen. Der 41. Präsident widerstand den Ratschlägen seiner Berater, beim Mauerfall im November 1989 umgehend

nach Berlin zu reisen: »Was soll ich dort tun? Auf der Mauer tanzen?« Schadenfreude über die zunehmende Schwächung des weltpolitischen Rivalen Sowjetunion wäre unredlich gewesen; es galt, mit der anderen Seite weiterhin im Geschäft zu bleiben, zum Beispiel bei der nuklearen Abrüstung. Das war amerikanische Außenpolitik *at its best*.

Das Verhältnis Deutschlands zu den USA war stabil genug, um auch tief gehende Dissonanzen zu verkraften. Dazu gehörte die Weigerung der Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, genauso wie Frankreich nicht an dem von Präsident George W. Bush 2003 vom Zaun gebrochenen Krieg gegen den Irak teilzunehmen. Es war ein Krieg, der auf fehlerhaften Begründungen beruhte, ein Land zerstörte und im Nahen Osten mehr Probleme schuf als er löste. Das Bündnis der USA mit Deutschland – ebenso wie jenes mit Frankreich – überstand alle Irritationen und auch die Polemiken von selbsternannten »Superpatrioten« in Talkshows und auf konservativen Radiokanälen. So heißen in den USA die kurzzeitig zu *freedom fries* erklärten Kalorienbomben längst wieder French Fries und Porsche, Audi, Mercedes-Benz und BMW sind beim pekuniär potenteren Bevölkerungssegment beliebter als je zuvor. In den acht Jahren, in denen der bei vielen Deutschen von Anfang an extrem beliebte Barack Obama die USA regierte, wurde das Verhältnis der beiden Regierungen nach einer anfänglichen Irritation zunehmend enger.<sup>1</sup> Obama betrachtete Merkel schließlich als seine wichtigste Verbündete in Europa und suchte sie auch bei einer Art Abschiedstournee im November 2016 auf. Die Medien interpretierten den über diesem Treffen liegenden Hauch von Wehmut eifrig als eine Art Stabübergabe, als ein liberales Vermächtnis. Nun sei es an Angela Merkel, so diese Lesart, angesichts eines aus der EU ausscheidenden Großbritannien und eines schwächernden Frank-

reich die Gralshüterin liberaler Demokratieprinzipien zu sein.

Der scheidende US-Präsident dürfte gespürt haben, dass bei den etablierten europäischen Politikern, und hier vornehmlich bei seinen deutschen Partnern, der Trump-Schock tief sitzt und zu Reflexionen über die eigene politische Zukunft Anlass gibt. Die amerikanische Präsidentschaftswahl war immerhin binnen weniger Monate das zweite politische Großereignis nach dem Brexit, in dem populistische Strömungen und eine tief sitzende Aversion gegen etablierte Parteien, ihre Politiker und die Medien eine wenn auch knappe Mehrheit<sup>2</sup> der Wählerinnen und Wähler dazu brachte, alle Weltuntergangsszenarien und Ratschläge von Experten in den Wind zu schlagen und sich für die erkennbar unbequeme Alternative auf dem Wahlzettel zu entscheiden. Im Vereinigten Königreich verhallten die Appelle an wirtschaftliche Vernunft ebenso wie die Mahnungen in unzähligen Leitartikeln und Diskussionsrunden in den Mainstream-Medien der USA. Obwohl sie in einem regelrechten Stakkato die Charaktermängel des republikanischen Kandidaten auflisteten. Die Leitartikler addierten eifrig zusammen, welche gesellschaftlichen Gruppen der USA der Kandidat beleidigt habe, und kamen dabei leicht auf weit mehr als hundert Prozent der US-Bürger. Es nützte nichts – Frustration und Wut gegen die etablierte Politikerkaste, die kaum jemand so überzeugend verkörperte wie die demokratische Kandidatin Hillary Clinton, waren virulent. In Ohio, Pennsylvania und Michigan genauso wie in den Midlands und in Yorkshire.

An der Wahlurne einen derart drastischen Wandel einzuleiten, wie es die amerikanischen Wähler taten, ist aus deutscher Sicht in der Tat etwas Befremdliches, gar Erschreckendes – hier besteht ein gravierender Unterschied zwischen zwei der wichtigsten westlichen Demokratien. Denn die

Amerikaner warfen keineswegs zum ersten Mal das Steuer radikal herum – ungeachtet eines enormen Wirtschaftswachstums, einer niedrigen Arbeitslosigkeit und des Ausbleibens größerer, amerikanische Soldaten das Leben kostender internationaler Krisen während der Präsidentschaft Barack Obamas. Umgekehrt kann kaum ein politisch interessierter Amerikaner wirklich verstehen, wie eine Demokratie funktioniert, bei der die beiden größten, sich seit Gründung der Bundesrepublik eigentlich in Rivalität gegenüberstehenden Parteien immer wieder zusammen die Regierung bilden und sich in der sogenannten »Großen Koalition« über fast alles einig werden. Auch scheint man in Deutschland nie die Warnung von Thomas Jefferson gehört zu haben, wonach bei einem länger als vier Jahre amtierenden Staatenlenker schnell die Gefahr besteht, dass sich ein solcher auf Lebenszeit an der Macht zu halten suche. In den USA hat nach dem Zweiten Weltkrieg ein Verfassungszusatz endgültig die Regierungszeit eines Präsidenten auf maximal zwei Amtsperioden, also insgesamt acht Jahre begrenzt. Ähnliche *term limits* gibt es in vielen Bundesstaaten für Gouverneure. In Deutschland – Fehlanzeige. Obamas vermeintlich beste Freundin strebt bei Drucklegung dieses Buches eine vierte Amtszeit an, womit sie den Rekord von Helmut Kohl egalisieren würde. Zwei Personen für insgesamt 32 Jahre an der Macht – die USA hatten in einer vergleichbar langen, beliebigen Epoche, etwa zwischen 1838 und 1870, sage und schreibe elf Präsidenten. Zwischen 1901 und 1933 waren es immerhin noch acht Präsidenten. Wie heißt es so schön: Demokratie lebt vom Wechsel.

Unsicherheit über einen künftigen, von deutschen und europäischen Interessen möglicherweise divergierenden Kurs des transatlantischen Partners besteht indes nicht nur bei der Außen- und Sicherheitspolitik, bei der man Grund zu

der Annahme hat, dass nach einer Wahl die schrillen Worte durch Pragmatismus abgelöst werden. Mit Sorge wird die Haltung eines großen Teils der politischen Klasse in den USA zu einem der wichtigsten Zukunftsthemen beobachtet: dem Umwelt- und Klimaschutz. Trump hatte noch vor seiner Kandidatur getönt, die anthropogene (also von Menschen und ihren Emissionen verursachte) globale Erwärmung gebe es nicht, sie sei ein *hoax*, ein Schwindel – das Wort lässt sich auch mit »Verarschung« übersetzen –, und eine Erfindung der Chinesen, um Amerikas Wirtschaft endgültig kaputt zu machen. Das wahrhaft Tragische ist weniger diese Einschätzung durch den 45. Präsidenten, bei der, wie bei vielen seiner Äußerungen, unsicher ist, ob er sie selbst glaubt – bald nach der Wahl äußerte er in der Tat erstmals kryptisch, dass die Wärmerekorde wohl doch etwas mit menschlichem Wirken zu tun haben könnten. Das Befremdliche liegt aber vielmehr in der Führungsschicht der Republikanischen Partei, in der das Leugnen der globalen Erwärmung Teil des politischen Glaubensbekenntnisses ist. Dies liegt nicht nur an einer gewissen Wissenschaftsfeindlichkeit, sondern vor allem an der sehr großen Nähe zahlreicher republikanischer (und auch einiger demokratischer) Mandatsträger zur *fossil-fuel*-Industrie. Die Öl-, Kohle- und Gaskonzerne sind die fleißigsten Spender für viele Kongressabgeordnete, Senatoren und Gouverneure. Die bekanntesten Gesichter dieses Politikerkaufs sind die Brüder Charles und David Koch, die seit Jahren Millionen zur Unterstützung von klimawandelfeindlichen Kandidaten, Organisationen und Initiativen spenden. Abgesehen von diesem Geschäftsgebaren sind die beiden, das Lieblingsfeindbild der Liberalen Amerikas, allerdings keineswegs in jeder politischen Frage Reaktionäre. Sie unterstützten unter anderem die Bürgerrechtsorganisation American Civil Liberties Union in ihrem Kampf gegen den von

der Regierung Bush nach den Terrorattacken vom 11. September 2001 durchgesetzten *Patriot Act*. David Koch ist ferner Sponsor der Hall of Human Origins im beliebten Smithsonian Museum of Natural History in Washington. Dort dreht sich alles um die Evolution des Menschen in den letzten sechs Millionen Jahren – und Evolution ist für das religiös-konservative Segment der amerikanischen Bevölkerung ein durch und durch sündhafter Gedanke, wurde doch gemäß der Bibel der Mensch in seinem heutigen Status am sechsten Tage erschaffen. Die *fossil-fuel*-Industrie zahlt indes nicht nur hohe Summen an Politiker, die Klimaschutz für unsinnig erachten, sondern setzt auch den amerikanischen Durchschnittsbürger einer kontinuierlichen, im Vorfeld von Wahlen an Intensität zunehmenden Propagandabeschallung aus. Fernseh-Werbespots von ölindustrienen Organisationen wie dem American Petroleum Institute erzählen durchgängig die gleiche Mär: wie gesegnet Amerika doch sei, schier grenzenlose Energievorräte zu besitzen, die man nur zu nutzen brauche. Sprich: Wenn man nur in Nationalparks, anderem öffentlichen Land oder in ökologisch fragilen Regionen wie Alaska endlich unbegrenzt bohren und fördern dürfte und dazu noch mit der von Präsident Obama verhinderten Keystone-XL-Pipeline den dreckigen kanadischen Ölsand quer durch den Kontinent, über Frischwasserreservoirs, über indigenen Völkern heiligen Boden und durch Naturschutzgebiete bis zu den Raffinerien nach Texas pumpen könnte. All diese Spots kulminieren in einem Crescendo, welches dem Bürger das vermeintlich Heiligste verkündet, das wirtschaftliches Wachstum für die Allgemeinheit mit sich bringe: *jobs, jobs, jobs!*

Es ist gleichwohl ungerecht, »den Amerikanern« ein mangelndes Umwelt- und Klimabewusstsein vorzuwerfen. Viele US-Bürger sind sich der Herausforderung sehr wohl bewusst

und versuchen, ihre Lebensumstände anzupassen. Die Zahl der durch Solarzellen auf dem Dach mit Strom versorgten Häuser nimmt rapide zu, nicht zuletzt, da dies – noch – steuerlich gefördert wird. Wo es ein vernünftiges öffentliches Nahverkehrsnetz gibt, wird dies mit Begeisterung vor allem von jüngeren Arbeitnehmern angenommen, die sich Besseres vorstellen können als einen Teil ihrer kreativsten Zeit im Dauerstau zu verbringen. Wie dies etwa auf praktisch allen Freeways im Großraum Los Angeles der Fall ist, einem aus verkehrspolitischer Sicht absolut albtraumhaften urbanen Moloch, auf allen gen Manhattan führenden Interstates und auf dem die Hauptstadt Washington wie einen Gürtel umgebenden *Beltway*. Leider ist in den USA ein solches Angebot die absolute Ausnahme und in der Tat sind es häufig ölindustrienahe Politiker, die zum Beispiel den Bau von Trassen für *high-speed trains* und *light rail*, also Straßenbahnen, verhindern.

Die Notwendigkeit eines effektiven Klimaschutzes sieht nach Umfragen eine deutliche Mehrheit der US-Bürger ein und dies nicht nur in liberalen Staaten mit einem hohen allgemeinen Bildungsniveau wie in Massachusetts und Maryland, wie in der Technologiehochburg Washington State im Pacific Northwest, der Heimat von Boeing, Microsoft und Starbucks, sondern auch in weiten Teilen des Heartlands. Farmer in Nebraska und Kansas wissen um die Auswirkungen von Durchschnittstemperaturen, die fast in jedem der letzten Jahre neue Rekordmarken erreichten. In Kalifornien, dem ultimatischen Land einer besonders lockeren, hippen und *care-free*-Variante des *American Way of Life* ist Dürre zu einem derartigen Dauerzustand geworden, dass Gouverneur Jerry Brown, ein Demokrat, den man von seiner Philosophie her durchaus als Alt-Grünen bezeichnen könnte, erstmals den Wasserverbrauch rationieren ließ. Die Landwirtschaft ist

allerdings von diesen Einschränkungen ausgenommen. Die Anordnung zielt vielmehr vor allem auf eine Manifestation des als typisch erachteten kalifornischen Lebensstils: das Haus mit saftig grünem Rasen, auf dem fast permanent die Sprinkleranlagen aktiv sind. Dazu gehört selbstredend ein Swimmingpool – und dies inmitten einer Landschaft, in der sonst bestenfalls Kakteen gedeihen. Ein großer Teil des Wassers wird über Aquädukte aus der Sierra Nevada, aus Bergseen und Gletscherregionen herangeleitet. Vielfach sind also die Schneemassen der Berge Ursprung des kalifornischen Trinkwassers. Doch im Winter 2014/15 lag die Schneemenge in den Bergen am Ostrand des Staates bei gerade einmal sechs Prozent des Normalen und verschärfte das seit Jahren bestehende Dürreproblem ganz dramatisch. Hier, im *Golden State*, bezweifelt niemand, der seiner oder ihrer Sinne Herr oder Herrin ist, die Existenz der globalen Erwärmung. Ebenso wenig im flachen Florida. Die Vision des durch die Erwärmung steigenden Meeresspiegels ist dort längst zu einem Schreckensszenario für die Immobilienbranche geworden – diese Tatsache dürfte dem sich womöglich formenden Verständnis Donald Trumps von den Gefahren des Klimawandels nur förderlich sein. Zahlreiche der fast die ganze Küstenlinie von Miami bis Jacksonville zierenden – oder verschandelnden – Apartmenthochhäuser mit ihren vielen Ferienwohnungen und Alterssitzen dürften in einigen Jahren nur noch per Boot zu erreichen sein. Schon heute wird so mancher Strandabschnitt mit Damm- und Schutzsystemen bebaut wie in den noch flacheren Niederlanden in den 1950er Jahren. Gut tausend Kilometer weiter nördlich, in der Chesapeake Bay, sind eine Reihe von kleinen, beschaulichen, auf Inseln gelegenen Orten inzwischen unter der Wasseroberfläche verschwunden. Die Leugnung des Klimawandels wird sehr wahrscheinlich den gleichen Weg gehen wie einst vor

rund fünfzig Jahren die ebenfalls von einer mächtigen Industrie, *Big Tobacco*, finanzierte Kampagne zur Leugnung der karzinogenen Wirkung von Zigaretten. Aber bis diese Obstruktion durch Großkonzerne überwunden ist, wird Zeit vergehen. Und die Aussicht auf einen Kongress mit republikanischer Mehrheit in beiden Häusern hat Visionen entstehen lassen, wonach China – einst ein Verweigerer der Emissionsbegrenzung – nunmehr anstelle der USA, die unter Obama ein Wegbereiter internationaler Abkommen waren, die Führung beim globalen Klimaschutz übernehmen könnte.

Es ist jedoch weniger diese globale Herausforderung, welche die Amerikaner entzweit, als vielmehr eine tiefe Kluft aufgrund wirtschaftlicher, sozialer und intellektueller Ungleichheit, die zu einer massiven Polarisierung geführt hat, welche im und auch noch nach dem Wahlkampf von 2016 überdeutlich wurde. *Coming together as Americans*, die traditionelle Formel, wonach man als Amerikaner nach einer solchen Entscheidung wieder zusammenkommen müsse, ist mehr Wunschdenken als Wirklichkeit. Vor dem drei Wochen nach der Präsidentschaftswahl stattfindenden und normalerweise sehr friedlichen, bedächtigen Feiertag Thanksgiving gaben Zeitungen und Fernsehsendungen ihren Lesern und Zuschauern gar Ratschläge, wie man an der Tafel mit dem dampfenden Truthahn das Thema Politik am besten umschiffen könne. Der weithin angesehene CNN-*anchorman* Wolf Blitzer trat beispielsweise in einem durchaus witzigen Spot auf, in dem sein Wunsch, man möge ihm bitte das Salz für den Truthahn reichen, zu einer schnell eskalierenden Auseinandersetzung am *dinner table* führte. In den sozialen Medien gaben viele User Einblicke in ihr Seelenleben, offensbarten Zweifel, ob man überhaupt zum alljährlichen Familientreffen fahren sollte, da man selbst der einzige Clinton- oder der einzige Trump-Wähler innerhalb der gesamten

Verwandtschaft sei. An Voraussagen, wonach das Familienfest vielerorts in endgültige zwischenmenschliche Zerrüttung münden werde, mangelte es nicht. Ein Leser der *New York Times* schrieb, er habe seinen 99-jährigen Vater stets geliebt und bewundert – doch mit seiner Stimmabgabe für Donald Trump habe der alte Herr eine Linie überschritten und das werde er ihm wohl nie verzeihen können.

Die Wahl hat letztlich nur in besonderer Schärfe deutlich gemacht, was schon seit Langem existierte und sich nicht länger hinter irgendwelchen Rekordwerten des Dow Jones, dem medial so viel beachteten burschikosen Charme von Start-up-Idolen aus Silicon Valley und dem Medaillenspiegel von Olympischen Spielen verstecken ließ. Es gibt nicht *ein* Amerika, glanzvoll und stark und voller Helden. Es gibt *viele* Amerikas, die sich in dem denkbar größten Kontrast gegenüberstehen: das Land der Hochhäuser aus Marmor, Stahl und Glas hier, das Land mit teilweise verlassenen, verkommenen Provinzorten, reich an zugenagelten Schaufensterfronten dort. Es gibt das Amerika einer intellektuellen, weltweit vernetzten Elite und das andere, dessen Einwohner auf dem Globus den amerikanischen Kontinent zu finden nicht in der Lage sind und deren geistige Nahrung aus Sportsendungen und den Kardashians besteht. Es gibt – den seherischen Wörtern Martin Luther Kings zum Trotz, wonach einst die Menschen nach ihrem Charakter und nicht nach ihrer Hautfarbe beurteilt werden – nach wie vor ein »schwarzes Amerika«, so wie es auch eines der illegalen, überwiegend hispanischen Einwanderer gibt. Die Gegensätze zwischen den Superreichen und den erbärmlich Armen sind krasser als in jedem europäischen Land. Die Verbreitung von Schusswaffen und die Zahl deren Opfer sind exorbitant. Auf der Weltbühne sind die USA nach wie vor ein militärischer Gigant, daheim ist die Infrastruktur dringend überholungsbedürftig. Seit sei-

ner Gründung vor gut 240 Jahren scheint in diesem Land alles ein paar Nummern größer zu sein als in der Alten Welt, im Guten wie im Schlechten. Weltuntergangsszenarien sind heute so wenig realistisch wie sie es in (noch) schwierigeren Zeiten waren: Die USA haben nicht nur ihre ganz großen Krisen – um 1860, nach 1929 sowie nach den turbulenten 1960er und frühen 1970er Jahren mit Vietnamkrieg, Watergate und der Ermordung herausragender Persönlichkeiten wie Martin Luther King, John F. und Robert Kennedy – überstanden, sondern sind aus ihnen gestärkt hervorgegangen. Die USA strahlen jenseits ihrer Landesgrenzen vielfältig aus, ganz besonders nach Europa, dem Kontinent der Vorfahren der Bevölkerungsmehrheit: politisch, wirtschaftlich, kulturell und nicht zuletzt im Konsumverhalten. Viele Europäer lehnen Amerikas Großmachtpolitik ab oder stehen ihr zumindest kritisch gegenüber und haben gleichzeitig ein Faible für amerikanische Filme und Freizeitmode, lieben ihr amerikanisches (wenn auch in China produziertes) iPhone und nutzen amerikanische soziale Medien wie Twitter und Facebook, ziehen den Service von Uber dem traditionellen Taxi vor, mögen Donald Trump und/oder Hillary Clinton nicht, schätzen aber Michelle Obama, Morgan Freeman und Bruce Springsteen.

Die USA beeinflussen so viele unserer Lebensbereiche – als Deutsche, Österreicher, Schweizer, als Europäer –, dass es vollkommen berechtigt ist, zu verfolgen, was sich »dort drüben« abspielt: im Weißen Haus und im Kongress, in Hollywood und an der Wall Street. Dieses Buch soll einige der Eigentümlichkeiten dieses großen Landes erklären und auch erzählen, wie Amerika und die Amerikaner zu dem wurden, was sie sind. Ob wir es mögen oder nicht – die USA bestimmen unser Dasein, unser Schicksal mit. Und zwar entscheidend.